LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
14. Wahlperiode

Drucksache 14/3625
30. 11. 2004

Unterrichtung

des Landtags und der Landesregierung

Vereinbarung
zwischen Landtag und Landesregierung gemäß Artikel 89 b der Verfassung für Rheinland-Pfalz über die Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung
vom 23. November 2000 (GVBl. S. 501)

Nach Nr. VI. 5. der Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung gemäß Artikel 89 b der Verfassung für Rheinland-Pfalz prüfen Landtag und Landesregierung jeweils zur Mitte der Wahlperiode, erstmals im Jahre 2004, ob aufgrund der konkreten Erfahrungen eine Veränderung der Vereinbarung angezeigt ist.

Den im Landtag vertretenen Fraktionen und der Landesregierung wurde die nachfolgende Zusammenstellung*) zur Stellungnahme zugeleitet. Änderungswünsche wurden der Landtagsverwaltung nicht mitgeteilt.

Unbeschadet dessen wird zu gegebener Zeit zu prüfen sein, inwieweit die Unterrichtung im Zusammenhang mit dem so genannten Frühwarnsystem in EU-Angelegenheiten ergänzend in die Vereinbarung aufgenommen werden kann. Nummer VI. 5. Satz 2 der Vereinbarung lässt eine solche Überprüfung aus entsprechendem Anlass ausdrücklich zu.

Inhaltsverzeichnis

Seite

A. Text derVereinbarung . . . . . 2 – 5

B. Zusammenstellung der Ergebnisse 6

C. Gesamtübersicht (Stand 31. August 2004)

I. Unterrichtung über Gesetzentwürfe . . . . . 7 – 8

II. Unterrichtung über den Gegenstand beabsichtigter Staatsverträge . . . . 9 – 10

III. Unterrichtung über andere Gegenstände von erheblicher landespolitischer Bedeutung

1. Angelegenheiten der Landesplanung 11
2. Bundesratsangelegenheiten . . . . . 11 – 12
3. Entwürfe von Verwaltungsabkommen . . . . . 12 – 14
4. Zusammenarbeit mit dem Bund, den Ländern, den Regionen, anderen Staaten und zwischenstaatlichen Einrichtungen . . . . . 14 – 18
5. Angelegenheiten der Europäischen Union . . . . . 18 – 21

IV. Unterrichtung über Entwürfe von Rechtsverordnungen der Landesregierung 22

*) Stand: 31. August 2004

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 2. Dezember 2004

A. Text der Vereinbarung

Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung gemäß Artikel 89 b der Landesverfassung über die Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung vom 23. November 2000 (GVBl. S. 501)

In Ausführung von Artikel 89 b Abs. 3 in Verbindung mit Artikel 79 Abs. 1 Satz 2 der Landesverfassung schließen der Landtag – vertreten durch den Präsidenten des Landtags – und die Landesregierung – vertreten durch den Ministerpräsidenten – folgende Vereinbarung über die Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung:

I. Unterrichtung über Gesetzentwürfe

1. Die Landesregierung unterrichtet den Landtag über Referentenentwürfe zu Gesetzesinitiativen, sobald ihnen der Ministerrat grundsätzlich zugestimmt hat und die Entwürfe den kommunalen Spitzenverbänden, anderen amtlich nicht beteiligten Stellen oder Personen außerhalb der Landesregierung zur Anhörung zugeleitet werden.

   Hat der Ministerrat ohne Grundsatzberatung abschließend über einen Gesetzentwurf beraten und dessen Einbringung in den Landtag beschlossen, so bedarf es der Vorabunterrichtung des Landtags nicht mehr, wenn alsbald dessen Einbringung im Landtag erfolgt.

   Satz 1 gilt entsprechend für Referentenentwürfe, die nach Unterrichtung der Mitglieder des Ministerrates gemäß § 12 Abs. 4 der Gemeinsamen Geschäftsordnung – GGO – ohne Kabinettsberatung anderen amtlich nicht beteiligten Stellen oder Personen außerhalb der Landesregierung zugänglich gemacht werden, sofern die Entwürfe besondere politische Bedeutung haben.

2. Der Referentenentwurf wird dem Landtag in je zweifacher Ausfertigung für jede Fraktion und die Landtagsverwaltung mit dem Hinweis zugeleitet, dass beabsichtigt ist, eine Entscheidung des Ministerrates über eine entsprechende Gesetzesinitiative herbeizuführen, jedoch eine abschließende Meinungsbildung des Ministers über den Inhalt der Gesetzesinitiative noch aussteht. Soweit nicht bereits im Referentenentwurf angesprochen, enthält das Zuleitungsschreiben einen Hinweis auf eine durchgeführte oder beabsichtigte Gesetzesfolgenabschätzung.

II. Unterrichtung über den Gegenstand beabsichtigter Staatsverträge

1. a) Will die Landesregierung die Initiative zum Abschluss eines Staatsvertrages ergreifen, so unterrichtet sie den Landtag, sobald die Grundsatzentscheidung im Ministerrat getroffen ist.

   b) Die Unterrichtung erfolgt schriftlich; sie enthält die wichtigsten Eckpunkte des beabsichtigten Staatsvertrages.

   c) Die Landesregierung leitet den unterschriftsreifen Vertragsentwurf nach Zustimmung des Ministerrates vor seiner Unterzeichnung dem Landtag zu.

   d) Der Landtag informiert die Landesregierung sobald als möglich, wenn sich aufgrund der Unterrichtung zu b oder c Einwände ergeben, die zu einer Ablehnung eines späteren Vertragsgesetzes führen könnten.

      Ist dem Landtag eine Befassung innerhalb von vier Wochen nach Eingang nicht möglich, so wird die Landesregierung hiervon sowie über die weitere Terminplanung unterrichtet.

   e) Erfolgt eine politische Willensbildung im Landtag, so wird die Landesregierung diese unter Berücksichtigung des jeweiligen Verhandlungsstandes in ihre Entscheidung einbeziehen.

2. Wird der Abschluss eines Staatsvertrages von anderer Seite – insbesondere im Rahmen einer Fachministerkonferenz – vorgeschlagen, so unterrichtet das federführende Kabinettsmitglied den zuständigen Ausschuss über die wichtigsten Eckpunkte, wenn es dem Ministerrat seine Absicht mitgeteilt hat, sich mit dem Ziel eines Vertragsabschlusses an bevorstehenden Verhandlungen zu beteiligen. Für das weitere Verfahren gelten Nummer 1 c bis e.

3. Die Landesregierung unterrichtet den Landtag über die beabsichtigte Kündigung eines Staatsvertrages.

III. Unterrichtung über andere Gegenstände von erheblicher landespolitischer Bedeutung

1. Angelegenheiten der Landesplanung

   a) Die im Landesplanungsgesetz festgelegten Informationspflichten stellen in Form und Inhalt eine nähere Ausgestaltung der in Artikel 89 b Abs. 1 Nr. 3 der Landesverfassung festgelegten Unterrichtung des Landtags in Angelegenheiten der Landesplanung dar.

   b) Das federführende Kabinettsmitglied unterrichtet darüber hinaus nach Information des Ministerrates den Landtag über die Einleitung von Raumordnungsverfahren für Vorhaben von erheblicher landespolitischer Bedeutung.

2. Bundesratsangelegenheiten

   a) Der Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa übersendet dem Landtag sämtliche Bundesratsdrucksachen.

b) Die Landesregierung unterrichtet den Landtag darüber hinaus baldmöglichst, wenn beim Bundesrat Gesetzesinitiativen eingegangen sind,

aa) mit denen im Wege einer Verfassungsänderung Kompetenzen der Länder auf den Bund oder Kompetenzen des Bundes auf die Länder verlagert werden sollen;

bb) die unbeschadet von Buchstabe aa gerade für Rheinland-Pfalz von erheblicher landespolitischer einschließlich finanzieller Bedeutung sind.

Dies gilt entsprechend, wenn Entschließungsanträge oder andere Initiativen von vergleichbarer politischer Bedeutung beschlossen wurden.

c) Soweit die Landesregierung selbst entsprechende Gesetzesanträge, Verordnungsanträge oder Entschließungsanträge im Bundesrat einbringt, leitet sie dem Landtag den Text der Initiative parallel zur Übermittlung an den Bundesrat zu.

In den Fällen nach Buchstabe b unterrichtet das federführende Kabinettsmitglied, nachdem es den Kabinettsmitgliedern seine Unterrichtungsabsicht mitgeteilt hat, den Landtag schriftlich über die wichtigsten Eckpunkte der entsprechenden Initiative, insbesondere soweit sich neue Regelungsspielräume für das Land abzeichnen.

d) Erfolgt eine politische Willensbildung im Landtag, so wird die Landesregierung diese in ihre Entscheidung über ihr abschließendes Stimmverhalten einbeziehen.

3. Entwürfe von Verwaltungsabkommen

Die für Staatsverträge vereinbarten Regelungen aus Abschnitt II Nr. 1 a, b, d und e sowie Abschnitt II Nr. 2 Satz 1 gelten sinngemäß für Verwaltungsabkommen, die von erheblicher landespolitischer Bedeutung sind oder im Landeshaushalt zu Mehrausgaben oder Mindereinnahmen von jeweils über 1 Mio. Euro führen würden.

4. Zusammenarbeit mit dem Bund, den Ländern, den Regionen, anderen Staaten und zwischenstaatlichen Einrichtungen

a) Die Landesregierung unterrichtet den Landtag, soweit sie Beschlüssen zustimmen möchte, die sich auf Gegenstände beziehen, deren weitere Umsetzung der Entscheidungskompetenz des Landtags unterliegt. Die Unterrichtung erstreckt sich auf solche Beschlüsse, die die Landesregierung politisch binden würden, bestimmte Gesetzesinitiativen im Landtag einzubringen, bestimmte Staatsverträge abzuschließen, bestimmte sonstige Vorhaben durchzuführen, deren Verwirklichung im Landeshaushalt zu Mehrausgaben oder Mindereinnahmen von jeweils über 1 Mio. Euro führen würde. Abschnitt II Nr. 1 d und e gelten entsprechend.

b) Ist eine vorherige Unterrichtung des Landtags aufgrund des Verhandlungsablaufes nicht möglich, so wird die Unterrichtung baldmöglichst nachgeholt; in diesem Fall ist die Zustimmung mit einem Vorbehalt der Landtagsunterrichtung zu versehen.

c) Unabhängig von der Fallgruppe a wird die Landesregierung den Landtag auch über sonstige Ereignisse im Rahmen der oben genannten Zusammenarbeit informieren, die für Rheinland-Pfalz von erheblicher landespolitischer Bedeutung sind.

d) Die jeweilige Unterrichtung über die wichtigsten Eckpunkte erfolgt nach Information der Kabinettsmitglieder schriftlich durch das federführende Kabinettsmitglied bzw. den Bevollmächtigten des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa gegenüber dem zuständigen Ausschuss.

e) Verträge des Bundes, die die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Landes betreffen, bedürfen gemäß Nummer 3 des Lindauer Abkommens von 1957 der Einverständniserklärung des Landes gegenüber der Bundesregierung.

Das federführende Kabinettsmitglied wird den zuständigen Ausschuss über den wesentlichen Inhalt eines Vertrages unterrichten, wenn die Bundesregierung über die Ständige Vertragskommission einen deutschsprachigen Vertragsentwurf übermittelt hat und nach Auffassung der Landesregierung ausschließliche Kompetenzen des Landes ersichtlich betroffen sind.

Die Landesregierung holt nach Befassung des Ministerrates die Zustimmung des Landtags zur Einverständniserklärung des Landes ein, nachdem die Bundesregierung der Landesregierung den Vertrag über die Ständige Vertragskommission der Länder zugeleitet hat.

f) Hinsichtlich der Gemeinschaftsaufgaben nach den Artikeln 91 a und 91 b des Grundgesetzes stellen die in § 10 Abs. 4 und 5 der Landeshaushaltsordnung festgelegten Informationen eine nähere Ausgestaltung der in Artikel 89 b Abs. 1 Nr. 6 der Landesverfassung festgelegten Unterrichtung dar.

5. Angelegenheiten der Europäischen Union

a) Für die Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung in Angelegenheiten der Europäischen Union gelten die unter Abschnitt III Nr. 2 „Bundesratsangelegenheiten“ vereinbarten Regelungen unter Beachtung der jeweiligen Unterrichtungszuständigkeiten entsprechend.

b) Der Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa übersendet in Fortführung der bisherigen Praxis dem zuständigen Ausschuss ihm zugehende Schriftstücke zu europäischen Angelegenheiten; er unterrichtet ferner über:

– Ergebnisse der Europaministerkonferenz und der Plenarsitzungen des Ausschusses der Regionen sowie,
– soweit diese für Rheinland-Pfalz von erheblicher landespolitischer Bedeutung sind, sonstige nicht fachspezifische allgemeine Angelegenheiten der Europäischen Union.

IV. Unterrichtung über Entwürfe von Rechtsverordnungen der Landesregierung

1. Die Landesregierung unterrichtet den Landtag über Entwürfe von Landesverordnungen von erheblicher landespolitischer Bedeutung, wenn nach einer Kabinettsbefassung ein Anhörverfahren eingeleitet wird.

2. Die Landesregierung unterrichtet den Landtag über ihre Absicht, aufgrund einer Ermächtigung im Sinne von Artikel 80 Abs. 4 des Grundgesetzes eine Rechtsverordnung zu erlassen, zu ändern oder aufzuheben und informiert über den wesentlichen Inhalt der vorgesehenen Regelung sowie eine gegebenenfalls bestehende besondere Eilbedürftigkeit. Teilt die Landesregierung mit, dass sie beabsichtigt, eine Rechtsverordnungsermächtigung auf einen Fachminister zu delegieren, unterrichtet dieser nach Satz 1 auf Wunsch des Landtags.

   Die Unterrichtung des Landtags kann entfallen, soweit die Rechtsverordnung

   a) auf einer Ermächtigung beruht, die eine bestehende Ermächtigung lediglich wiederholt, eingeschränkt oder inhaltlich nicht wesentlich geändert hat oder die

   b) nur Zuständigkeiten oder das Verwaltungsverfahren regelt.

3. Der Landtag unterrichtet sobald als möglich die Landesregierung, wenn er die Absicht hat, von seiner Gesetzgebungszuständigkeit Gebrauch zu machen.

V. Absehen von Unterrichtung

Diese Vereinbarung berührt nicht die Befugnis der Landesregierung, im Einzelfall von einer Unterrichtung aus den Gründen des Artikels 89 b Abs. 2 der Landesverfassung abzusehen.

VI. Anwendung und Auslegung der Vereinbarung

1. Landtag und Landesregierung als die beiden Organe des Volkswillens werden diese Vereinbarung im Geist interorganfreundlichen Verhaltens anwenden und auslegen.

2. Dabei wird die Landesregierung das Interesse des Landtags einbeziehen,

   a) nach einer Unterrichtung auch von maßgeblichen Änderungen gegenüber dem übermittelten Sachstand zu erfahren; dies gilt sinngemäß, wenn die abschließende Entscheidung der Landesregierung wesentlich von einer zuvor mitgeteilten eigenen Position oder einem Landtagsbeschluss zu dieser Unterrichtung abweicht;

   b) nach Möglichkeit auch dann eine Information zu erhalten,

      – wenn über die vereinbarten Fallgruppen hinaus durch bundesgesetzliche Regelung der Handlungsspielraum des Landesgesetzgebers erweitert wird sowie
      – bei raumbezogenen Fachplanungen außerhalb der Landesplanung nach Befassung des Ministerrates eine Anhörung eingeleitet wird.

3. Der Landtag wird bei Auslegung der Vereinbarung einbeziehen,

   a) dass die Landesregierung hinsichtlich Art, Zeitpunkt und Inhalt der Unterrichtung die jeweiligen tatsächlichen und verfahrensökonomischen Möglichkeiten berücksichtigen muss; dies schließt ein, dass auch unabhängig von den benannten Fällen grundsätzlich alle Kabinettsmitglieder Gelegenheit haben müssen, vor einer Mitteilung an den Landtag über den Unterrichtungsgegenstand informiert zu werden;

   b) dass es in bestimmten Verhandlungsphasen geboten sein kann, bei der Unterrichtung unumgänglichen Vorgaben der EU, des Bundes, anderer Länder oder sonstiger Partner der Zusammenarbeit gemäß Abschnitt III Nr. 4 Rechnung zu tragen;

   c) dass die Landesregierung eine dem Landtag im Entwurf übermittelte Rechtsverordnung auch unabhängig vom Vorliegen einer Stellungnahme beschließen kann, wenn sie besondere Eile für geboten hält; dies gilt entsprechend bei der Kündigung von Staatsverträgen.

4. Fragen oder Vorhalte von Mitgliedern des Landtags bezüglich der Anwendung oder Auslegung dieser Vereinbarung werden im Ältestenrat beraten. Sie sollen anschließend – falls erforderlich – im Einvernehmen zwischen Landtag und Landesregierung geklärt werden.

5. Landtag und Landesregierung werden jeweils in der Mitte einer Legislaturperiode, erstmals im Jahr 2004, prüfen, ob aufgrund der konkreten Erfahrungen eine Veränderung dieser Vereinbarung angezeigt scheint. Unberührt bleibt eine gemeinsame Überprüfung bei entsprechendem Anlass.

VII. In-Kraft-Treten

Diese Vereinbarung wird im Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht. Die jeweiligen Geschäftsordnungen von Landtag und Landesregierung werden entsprechend angepasst.

Die Vereinbarung tritt am 1. Januar 2001 in Kraft. Sie tritt an die Stelle der Schriftwechsel zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Präsidenten des Landtags zur Unterrichtung über Staatsverträge und Verwaltungsabkommen (Landtagsdrucksache 8/2266), Bundesratsangelegenheiten (Landtagsdrucksache 8/2307), Fachministerkonferenzen (Landtagsdrucksache 9/946) und EG-Angelegenheiten (Landtagsdrucksache 11/1148).

Mainz, den 23. November 2000

Für den Landtag
Rheinland-Pfalz

Christoph Grimm
Präsident des Landtags

Für die Landesregierung
Rheinland-Pfalz

Kurt Beck
Ministerpräsident

B. Zusammenstellung der Ergebnisse (Stand: 31. August 2004)

	Fallzahl	Beratung im Ausschuss	Bemerkungen
I. Unterrichtung über Gesetzentwürfe	57	–	Es erfolgte keine Plenar- bzw. Ausschussberatung, da es sich um Referentenentwürfe handelt (Keine Gesetzentwürfe i. S. v. § 51 GOLT).
II. Unterrichtung über den Gegenstand beabsichtigter Staatsverträge	14	13	In einem Fall erfolgte keine Beratung im Fachausschuss.
III. Unterrichtung über andere Gegenstände von erheblicher landespolitischer Bedeutung			
1. Angelegenheiten der Landesplanung	2	2	
2. Bundesratsangelegenheiten	12	11	In einem Fall steht die Beratung im Fachausschuss noch aus.
3. Entwürfe von Verwaltungsabkommen	16	14	– Wegen Ablauf der Wahlperiode wurde eine Vorlage aus der 13. Wahlperiode nicht mehr im Fachausschuss beraten. – In einem Fall steht die Beratung im Fachausschuss noch aus.
4. Zusammenarbeit mit dem Bund, den Ländern, den Regionen, anderen Staaten und zwischenstaatlichen Einrichtungen	25	24	**Im Plenum beraten** [1] 5; **Vom Ausschuss Zustimmung empfohlen** 5 Wegen Ablauf der Wahlperiode wurde eine Vorlage aus der 13. Wahlperiode nicht mehr im Fachausschuss beraten.
5. Angelegenheiten der Europäischen Union [2]	35	21	– Wegen Ablauf der Wahlperiode wurden drei Vorlagen aus der 13. Wahlperiode nicht mehr im Fachausschuss beraten. – Acht Vorlagen wurden nicht im Fachausschuss beraten. – In drei Fällen steht die Beratung im Fachausschuss noch aus.
IV. Unterrichtung über Entwürfe von Rechtsverordnungen der Landesregierung	4	3	In einem Fall erfolgte keine Beratung im Fachausschuss. Die Vorsitzenden der Fraktionen wurden über den Sachverhalt durch die Landtagsverwaltung informiert.
Gesamt	**165**	**88**	

Hinweis:

Die Einordnung einzelner Vorlagen der Landesregierung in die jeweilige Fallgruppe der Vereinbarung wurde durch die Landtagsverwaltung vorgenommen, wenn eine Einordnung durch die Landesregierung nicht erfolgte.

1) Eine vorherige Befassung des Fachausschusses gemäß Ziffer III Nr. 4 e der Vereinbarung fand nicht statt.

2) Nach Ziffer III Nr. 5 b der Vereinbarung übersendet der Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa in Fortführung der bisherigen Praxis dem zuständigen Ausschuss ihm zugehende Schriftstücke zu europäischen Angelegenheiten; er unterrichtet ferner über:
– Ergebnisse der Europaministerkonferenz und der Plenarsitzungen des Ausschusses der Regionen sowie,
– soweit diese für Rheinland-Pfalz von erheblicher landespolitischer Bedeutung sind, sonstige nicht fachspezifische allgemeine Angelegenheiten der Europäischen Union.

Diese Materialien ziehen zum Teil nicht notwendigerweise eine ausdrückliche Befassung in einer Ausschusssitzung nach sich. Sie werden an die Mitglieder des Ausschusses für Europafragen verteilt und nach Möglichkeit in Sachzusammenhang mit anderen Punkten in einer Sitzung behandelt.

C. Gesamtübersicht (Stand: 31. August 2004)

I. Unterrichtung über Gesetzentwürfe

lfd. Nr.	Betreff	Eingang
1.	Entwurf eines Fünften Landesgesetzes zur Änderung des Kirchensteuergesetzes	26. Juli 2001
2.	Entwurf eines Landesgesetzes zur Änderung des Landesdatenschutzgesetzes und anderer Gesetze	20. August 2001
3.	Entwurf eines Gesetzes zur Neuorganisation der Straßen- und Verkehrsverwaltung	3. September 2001
4.	Entwurf eines Landesgesetzes zur Änderung spielbankenrechtlicher Vorschriften	26. September 2001
5.	Entwurf eines Landesgesetzes zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes	1. Oktober 2001
6.	Entwurf eines Landesgesetzes zur Änderung disziplinarrechtlicher Vorschriften	1. Oktober 2001
7.	Entwurf eines Landesgesetzes zur Änderung des Landesfinanzausgleichsgesetzes (LFAG)	15. November 2001
8.	Entwurf eines Ersten Landesgesetzes zur Änderung des Landesgesetzes über die Eingliederung der Gesundheitsämter in die Kreisverwaltungen	15. November 2001
9.	Entwurf eines Zweiten Landesgesetzes zur Änderung des Landesgesetzes über Ausbildungsvergütungen in der Altenpflege	2. Januar 2002
10.	Entwurf eines . . .ten Landesgesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften	2. Januar 2002
11.	Entwurf eines Zweiten Landesgesetzes zur Änderung des Landesgebührengesetzes für Rheinland-Pfalz	29. Januar 2002
12.	Entwurf eines Siebten Landesgesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes	26. Februar 2002
13.	Entwurf eines Zweiten Landesgesetzes zur Änderung des Landestierseuchengesetzes	26. Februar 2002
14.	Entwurf eines (Fünf). . .ten Landesgesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften	27. Februar 2002
15.	Entwurf eines Zweiten Landesgesetzes zur Änderung des Landestierkörperbeseitigungsgesetzes	12. April 2002
16.	Entwurf eines Landesgesetzes zur Änderung des Landesrichtergesetzes	22. April 2002
17.	Entwurf eines Landesgesetzes zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen	2. Mai 2002
18.	Entwurf eines Landesgesetzes zur Neufassung des Landesplanungsgesetzes	21. Mai 2002
19.	Entwurf eines Dritten Landesgesetzes zur Änderung des Landestierseuchengesetzes (TierSG)	10. Juli 2002
20.	Entwurf eines Landesgesetzes über die Umwandlung des Daten- und Informationszentrums Rheinland-Pfalz in den Landesbetrieb Daten und Information	12. Juli 2002
21.	Entwurf eines Landesgesetzes zur Änderung beamtenversorgungsrechtlicher Vorschriften	19. Juli 2002
22.	Entwurf eines Landesgesetzes über die Hochschulen in Rheinland-Pfalz (Hochschulgesetz – HochSchG)	26. September 2002
23.	Entwurf eines Landesgesetzes zur Änderung des Schulgesetzes	15. Oktober 2002
24.	Entwurf eines Zweiten Landesgesetzes zur Änderung des Meldegesetzes	22. Oktober 2002
25.	Entwurf eines Landesgesetzes zur Ausführung des Gesetzes über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (AGGSiG)	30. Oktober 2002
26.	Entwurf eines . . .ten Landesgesetzes zur Änderung des Landesgesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung	31. Oktober 2002
27.	Entwurf eines . . .ten Landesgesetzes zur Änderung des Landeswassergesetzes	5. November 2002
28.	Entwurf eines Landesgesetzes zur Förderung der elektronischen Kommunikation im Verwaltungsverfahren	5. November 2002
29.	Entwurf eines Landesrichtergesetzes	14. November 2002
30.	Entwurf eines Dritten Landesgesetzes zur Änderung des Heilberufsgesetzes	3. Dezember 2002
31.	Entwurf eines Ersten Landesgesetzes zur Änderung des Nachbarrechtsgesetzes für Rheinland-Pfalz	18. Dezember 2002

lfd. Nr.	Betreff	Eingang
32.	Entwurf eines Sechsten Landesgesetzes zur Änderung des Gerichtsorganisationsgesetzes	28. Januar 2003
33.	Entwurf eines Landesgesetzes zur Änderung des Landesjustizverwaltungskostengesetzes und des Landesgesetzes über die Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz	29. Januar 2003
34.	Entwurf eines Landesgesetzes über die juristische Ausbildung (JAG)	5. Februar 2003
35.	Entwurf eines Ersten Landesgesetzes zur Novellierung des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes und anderer Gesetze	5. Februar 2003
36.	Entwurf eines Landesgesetzes zur Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften	27. Februar 2003
37.	Änderung des Landesbeamtengesetzes durch das . . . te Landesgesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften	11. März 2003
38.	Entwurf eines Zweiten Landesgesetzes zur Änderung des Landesgesetzes zur Ausführung fleisch- und geflügelfleischhygienerechtlicher Vorschriften vom 17. Dezember 1998 (GVBl. S. 422), geändert durch Gesetz vom 8. Februar 2000 (GVBl. S. 50), BS 7832-2	3. April 2003
39.	Entwurf eines Landesgesetzes zur Änderung der Landesbauordnung Rheinland-Pfalz und des Ingenieurkammergesetzes	5. Juni 2003
40.	Entwurf eines Schulgesetzes	18. Juni 2003
41.	Neufassung des Landesgesetzes über die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer	30. Juni 2003
42.	Entwurf eines . . . ten Landesgesetzes zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften	18. Juli 2003
43.	Entwurf eines Dritten Landesgesetzes zur Änderung des Landespflegegesetzes	18. Juli 2003
44.	Entwurf eines Landesgesetzes zur Änderung des Brand- und Katastrophenschutzgesetzes (LBKG) und des Rettungsdienstgesetzes (RettDG)	4. September 2003
45.	Entwurf eines Landesgesetzes zur Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften	10. September 2003
46.	Entwurf eines Ersten Landesgesetzes zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung durch Flexibilisierung landesrechtlicher Standards	11. September 2003
47.	Entwurf eines Landesgesetzes zur Neufassung des Stiftungsgesetzes (StiftG)	4. November 2003
48.	Entwurf eines Landesgesetzes über die Stiftung Staatliches Friedrich-Wilhelm-Gymnasium Trier	11. November 2003
49.	Entwurf eines Zweiten Landesgesetzes zur Änderung des Denkmalschutz- und -pflegegesetzes	16. Dezember 2003
50.	Entwurf eines Landesmediengesetzes	26. Februar 2004
51.	Entwurf eines . . . ten Landesgesetzes zur Änderung des Landeswahlgesetzes	2. März 2004
52.	Entwurf eines Landesgesetzes zur Einführung des Landesbodenschutzgesetzes und zur Änderung des Landesabfallwirtschafts- und Altlastengesetzes	2. März 2004
53.	Entwurf eines Landesgesetzes zur Ausführung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes und anderer Gesetze (AGSchG)	1. April 2004
54.	Entwurf eines Landesgesetzes zur Änderung des Landesfinanzausgleichsgesetzes	14. Mai 2004
55.	Entwurf eines Seilbahngesetzes	19. Mai 2004
56.	Entwurf eines Landesgesetzes zur Änderung und Aufhebung von Bestimmungen über das amtliche Vermessungswesen	22. Juni 2004
57.	Entwurf eines Siebten Landesgesetzes zur Änderung des Landesstraßengesetzes	19. Juli 2004

II. Unterrichtung über den Gegenstand beabsichtigter Staatsverträge

lfd. Nr.	Betreff	Ausschuss*)
1.	Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Land Rheinland-Pfalz über die Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz und die Provinzial-Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz Vorlage 14/192	InnenA 4. Sitzung, 17. Oktober 2001 Kenntnisnahme und Aussprache, erledigt durch Gesetzentwurf Drucksache 14/273
2.	Entwurf eines Staatsvertrages zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Zugehörigkeit der Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüferinnen und Buchprüfer des Landes Rheinland-Pfalz zum Versorgungswerk der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer im Lande Nordrhein-Westfalen Vorlage 14/328; Drucksache 14/441	InnenA 5. Sitzung, 6. November 2001 Kenntnisnahme
3.	Entwurf eines Staatsvertrages über die Bildung eines gemeinsamen Prüfungsamtes zur Abnahme der Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft gemäß § 18 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland Vorlage 14/476; Drucksache 14/532	RA 6. Sitzung, 6. Dezember 2001 Kenntnisnahme und Aussprache
4.	Entwurf eines Sechsten Staatsvertrages zur Änderung des Rundfunkstaatsvertrages, des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages und des Mediendienste-Staatsvertrages (Sechster Rundfunkänderungsstaatsvertrag) Vorlage 14/520; Drucksache 14/542	MedienA 4. Sitzung, 6. Dezember 2001 Kenntnisnahme
5.	Entwurf eines Staatsvertrages über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußballweltmeisterschaft Deutschland 2006 Vorlage 14/1069; Drucksache 14/1149	HuFA 14. Sitzung, 6. Juni 2002 Kenntnisnahme und Aussprache
6.	Entwurf eines Staatsvertrages über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz-Staatsvertrag – JMStV) Vorlage 14/1391; Drucksache 14/1435	MedienA 9. Sitzung, 12. September 2002 Kenntnisnahme und Aussprache
7.	Entwurf eines Staatsvertrages über die Errichtung der gemeinsamen Adoptionsstelle Rheinland-Pfalz und Hessen Vorlage 14/1665; Drucksache 14/1640	SozialA 14. Sitzung, 21. November 2002 Kenntnisnahme und Aussprache

*) Abkürzungen:

SozialA	–	Sozialpolitischer Ausschuss
ABJ	–	Ausschuss für Bildung und Jugend
EuropaA	–	Ausschuss für Europafragen
AGF	–	Ausschuss für Gleichstellung und Frauenförderung
ALW	–	Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau
MedienA	–	Ausschuss für Medien und Multimedia
AUF	–	Ausschuss für Umwelt und Forsten
AWiV	–	Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr
AWWFK	–	Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur
HuFA	–	Haushalts- und Finanzausschuss
InnenA	–	Innenausschuss

lfd. Nr.	Betreff	Ausschuss
8.	Entwurf eines Staatsvertrages zur Änderung des Staatsvertrages zwischen dem Land Hessen und dem Land Rheinland-Pfalz über die Forschungsanstalt Geisenheim am Rhein Vorlage 14/1663; Drucksache 14/1635	ALW 13. Sitzung, 19. November 2002 Kenntnisnahme und Aussprache
9.	Entwurf eines Staatsvertrages zwischen dem Saarland und dem Land Rheinland-Pfalz über eine Änderung der gemeinsamen Landesgrenze Vorlage 14/2032; Drucksache 14/2204	InnenA – federführend – 19. Sitzung, 6. Mai 2003 Kenntnisnahme HuFA 29. Sitzung, 15. Mai 2003 Kenntnisnahme
10.	Entwurf eines Siebten Rundfunkänderungsstaatsvertrages Vorlage 14/2465; Drucksache 14/2512	MedienA 16. Sitzung, 25. September 2003 Kenntnisnahme und Aussprache
11.	Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Saarland über die Errichtung eines gemeinschaftlichen Flurbereinigungsgerichts Vorlage 14/2724; Drucksache 14/2721	RA 24. Sitzung, 4. Dezember 2003 Kenntnisnahme
12.	a) Entwurf eines Staatsvertrages zum Lotteriewesen in Deutschland b) Entwurf eines Staatsvertrages über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen Vorlage 14/2784; Drucksache 14/2807	HuFA 37. Sitzung, 13. Januar 2004 Kenntnisnahme und Aussprache
13.	a) Entwurf eines Staatsvertrages zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Rheinland-Pfalz zur Änderung des Staatsvertrages über die Zugehörigkeit der Apotheker, vorgeprüften Apothekeranwärter und Kandidaten der Pharmazie des Landes Rheinland-Pfalz zur Bayerischen Apothekerversorgung b) Entwurf eines Staatsvertrages zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Rheinland-Pfalz zur Änderung von Staatsverträgen über die Zugehörigkeit rheinland-pfälzischer Berufsgruppenmitglieder zur Bayerischen Ärzteversorgung c) Entwurf eines Staatsvertrages zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Rheinland-Pfalz und dem Saarland zur Änderung des Staatsvertrages über die Zugehörigkeit der Tierärzte des Landes Rheinland-Pfalz und des Saarlandes zur Bayerischen Ärzteversorgung d) Entwurf eines Staatsvertrages zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Rheinland-Pfalz zur Änderung des Staatsvertrages über die Zugehörigkeit der Schornsteinfegergehilfen im Land Rheinland-Pfalz zu der Versorgungsanstalt der Kaminkehrgesellen Vorlage 14/2786; Drucksache 14/2925	InnenA 24. Sitzung, 6. Februar 2004 Kenntnisnahme
14.	Auflösung des Staatsvertrages zwischen dem Saarland und dem Land Rheinland-Pfalz (GVBl. 1966, S. 215) über die Ausübung schifffahrtspolizeilicher Vollzugsaufgaben auf dem saarländischen Teil der Bundeswasserstraße Mosel	

III. Unterrichtung über andere Gegenstände von erheblicher landespolitischer Bedeutung

1. Angelegenheiten der Landesplanung

lfd. Nr.	Betreff	Ausschuss
1.	Information zur Einleitung eines Raumordnungsverfahrens für ein Vorhaben von erheblicher landespolitischer Bedeutung Vorlage 14/1494; Drucksache 14/1563	InnenA 14. Sitzung, 24. Oktober 2002 Kenntnisnahme
2.	Änderung des Landesentwicklungsprogramms Rheinland-Pfalz 1995 (LEP III) hier: Unterrichtung gemäß § 11 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 11 Abs. 1 Landesplanungsgesetz (LPlG) Vorlage 14/1469	InnenA 14. Sitzung, 24. Oktober 2002 Kenntnisnahme und Aussprache
	dazu: Änderung des Landesentwicklungsprogramms Rheinland-Pfalz 1995 (LEP III) hier: Herstellung des Benehmens gemäß § 24 LPlG n. F. i. V. m. § 11 Abs. 4 Satz 1 und § 11 Abs. 1 Satz 5 LPlG a. F. Vorlage 14/2584	InnenA 21. Sitzung, 25. September 2003 Kenntnisnahme; Benehmen hergestellt
	Änderung des Landesentwicklungsprogramms Rheinland-Pfalz 1995 (LEP III) hier: Herstellung des Benehmens mit dem Innenausschuss des Landtags gem. § 24 LPlG n. F. i. V. m. § 11 Abs. 4 Satz 1 und § 11 Abs. 1 Satz 5 LPlG a. F. Vorlage 14/3405	InnenA 28. Sitzung, 24. Juni 2004 Kenntnisnahme; Benehmen hergestellt

2. Bundesratsangelegenheiten

lfd. Nr.	Betreff	Ausschuss
1.	Sechste und Siebte Verordnung zur Änderung der Weinverordnung – Bundesratsdrucksachen 662/00 und 663/00 – Vorlage 13/4699; Drucksache 13/6761	ALW 37. Sitzung, 25. Januar 2001 Kenntnisnahme und Aussprache
2.	Entwurf eines Gesetzes über verfassungskonkretisierende allgemeine Maßstäbe für die Verteilung des Umsatzsteueraufkommens, für den Finanzausgleich unter den Ländern sowie für die Gewährung von Bundesergänzungszuweisungen (Maßstäbegesetz – MaßstG – Bundesratsdrucksache 161/01) Vorlage 13/4858; Drucksache 13/7014	HuFA 74. Sitzung, 10. Mai 2001 Kenntnisnahme und Aussprache
3.	Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der ambulanten Hospizarbeit Vorlage 14/81; Drucksache 14/246	SozialA 2. Sitzung, 30. August 2001 Kenntnisnahme und Aussprache
4.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Deutschen Richtergesetzes und der Bundesrechtsanwaltsordnung Vorlage 14/151; Drucksache 14/263	RA 3. Sitzung, 13. September 2001 Kenntnisnahme und Aussprache
5.	Gesetz zur Fortführung des Solidarpaktes zur Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs und zur Abwicklung des Fonds „Deutsche Einheit“ (Solidarpaktfortführungsgesetz – SFG –) Vorlage 14/713; Drucksache 14/703	HuFA 9. Sitzung, 31. Januar 2002 Kenntnisnahme
6.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 96) Vorlage 14/1043; Drucksache 14/1107	RA 11. Sitzung, 14. Mai 2002 Kenntnisnahme und Aussprache

lfd. Nr.	Betreff	Ausschuss
7.	Unterrichtung des Landtags über Bundesratsangelegenheiten hier: Änderung des Weingesetzes und der Weinverordnung – Bundesratsdrucksachen 413/02 und 613/02 – Vorlage 14/1310; Drucksache 14/1393	ALW 11. Sitzung, 3. September 2002 Kenntnisnahme
8.	Verordnung zur Änderung weinrechtlicher sowie lebensmittelrechtlicher Bestimmungen Vorlage 14/1773; Drucksache 14/1858	ALW 14. Sitzung, 4. Februar 2003 Kenntnisnahme
9.	Fünfte Verordnung zur Änderung weinrechtlicher Bestimmungen Vorlage 14/2139; Drucksache 14/2213	ALW 17. Sitzung, 20. Mai 2003 Kenntnisnahme und Aussprache
10.	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes (7. HRGÄndG) Vorlage 14/2291; Drucksache 14/2486	AWWFK 18. Sitzung, 8. September 2003 Kenntnisnahme und Aussprache
11.	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Europäisches Haftbefehlsgesetz – EuHbG) – Bundesratsdrucksache 547/03 und 547/03 – Beschluss – Vorlage 14/2982/3039; Drucksache 14/3004	RA – federführend – 26. Sitzung, 11. März 2004 Kenntnisnahme EuropaA 21. Sitzung, 26. Februar 2004 Kenntnisnahme
12.	a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 92 und 108) b) Entwurf eines Gesetzes zur Öffnung des Bundesrechts für die Zusammenführung von Gerichten der Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichtsbarkeit in den Ländern (Zusammenführungsgesetz) Vorlage 14/3501	RA (Derzeit noch keine Beratung im Fachausschuss erfolgt.)

3. Entwürfe von Verwaltungsabkommen

lfd. Nr.	Betreff	Ausschuss
1.	Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung über Zukunftsinvestitionen für berufliche Schulen 2001 – 2002 Vorlage 13/4824	Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung (13. Wahlperiode) Keine Beratung im Fachausschuss wegen Ablauf der Wahlperiode.
2.	Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die Förderung des Wohnungswesens im Programmjahr 2001 Vorlage 13/4704; Drucksache 13/6736	HuFA 73. Sitzung, 25. Januar 2001 Kenntnisnahme
3.	Verwaltungsabkommen über die Erledigung von Bauaufgaben des Bundes und Vereinbarung über die Vergütung des Landes für die Erledigung der Bauaufgaben des Bundes Vorlage 13/4867; Drucksache 13/7015	HuFA 74. Sitzung, 10. Mai 2001 Kenntnisnahme
4.	Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104 a Absatz 4 des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (VV-Städtebauförderung 2001) Vorlage 13/4885, 14/5	HuFA 2. Sitzung, 12. Juni 2001 Kenntnisnahme

lfd. Nr.	Betreff	Ausschuss
5.	Unterrichtung des Landtags über den geplanten Abschluss des Abkommens zur Änderung des Abkommens über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen Vorlage 14/86; Drucksache 14/247	SozialA 2. Sitzung, 30. August 2001 Kenntnisnahme
6.	Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104 a Abs. 4 des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (VV-Städtebauförderung 2002) Vorlage 14/693; Drucksache 14/702	HuFA 9. Sitzung, 31. Januar 2002 Kenntnisnahme
7.	Verwaltungsvereinbarung zur Sicherung der Finanzierung des Wohnungsbaus durch die Übernahme von Bürgschaften (VV-Bürgschaften) Vorlage 14/764; Drucksache 14/770	HuFA 10. Sitzung, 21. Februar 2002 Kenntnisnahme und Aussprache
8.	Verwaltungsvereinbarung über die soziale Wohnraumförderung im Programmjahr 2002 (VV Soziale Wohnraumförderung 2002) Vorlage 14/762; Drucksache 14/771	HuFA 10. Sitzung, 21. Februar 2002 Kenntnisnahme und Aussprache
9.	Vereinbarung über das Verfahren der Abstimmung wichtiger Entscheidungen der Aufsichtsbehörde über die Landwirtschaftliche Sozialversicherung der Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland nach Wirksamwerden der Fusion zum 1. Juli 2002 Vorlagen 14/1523/1540; Drucksache 14/1682	ALW 13. Sitzung, 19. November 2002 Kenntnisnahme und Aussprache SozialA 14. Sitzung, 21. November 2002 Kenntnisnahme und Aussprache
10.	Entwurf eines Verwaltungsabkommens mit dem Bund (Eisenbahn-Bundesamt) zur Durchführung der Aufsicht über die Eisenbahnen im Land Rheinland-Pfalz, die nicht Eisenbahnen des Bundes im Sinn von § 2 Abs. 6 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) sind (nichtbundeseigene Eisenbahnen) Vorlage 14/2207; Drucksache 14/2281	AWiV 19. Sitzung, 17. Juni 2003 Kenntnisnahme
11.	Verwaltungsvereinbarung über die soziale Wohnraumförderung im Programmjahr 2003 (VV Soziale Wohnraumförderung 2003) Vorlage 14/2187; Drucksache 14/2218	HuFA 29. Sitzung, 15. Mai 2003 Kenntnisnahme
12.	Verwaltungsvereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Landesregierungen zum Investitionsprogramm des Bundes „Zukunft Bildung und Betreuung“ 2003 – 2007 Vorlage 14/2172; Drucksache 14/2219	ABJ 16. Sitzung, 20. Mai 2003 Kenntnisnahme und Aussprache
13.	Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104 a Abs. 4 des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (VV-Städtebauförderung 2003) Vorlage 14/2294; Drucksache 14/2326	HuFA 30. Sitzung, 3. Juli 2003 Kenntnisnahme und Aussprache
14.	Verwaltungsvereinbarung über die Zusammenarbeit bei Vergleichsarbeiten in den Fächern Deutsch und Mathematik im vierten Schuljahr der Grundschule – „Vergleichsarbeiten in der Grundschule“ (VERA) – 2003 – 2006 Vorlage 14/2676; Drucksache 14/2696	ABJ 19. Sitzung, 28. November 2003 Kenntnisnahme und Aussprache
15.	Verwaltungsvereinbarung über die soziale Wohnraumförderung im Programmjahr 2004 (VV Soziale Wohnraumförderung 2004) Vorlage 14/3387; Drucksache 14/3252	HuFA 42. Sitzung, 24. Juni 2004 Kenntnisnahme und Aussprache

lfd. Nr.	Betreff	Ausschuss
16.	Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104 a Abs. 4 des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (VV-Städtebauförderung 2004) Vorlage 14/3479 Ergänzung der Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104 a Abs. 4 des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (Ergänzungs-VV-Städtebauförderung 2004) Vorlage 14/3491	HuFA (Derzeit noch keine Beratung im Fachausschuss erfolgt.)

4. Zusammenarbeit mit dem Bund, den Ländern, den Regionen, anderen Staaten und zwischenstaatlichen Einrichtungen

lfd. Nr.	Betreff	Ausschuss
1.	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ nach Artikel 91 a GG hier: Anmeldung des Landes Rheinland-Pfalz zum 30. Rahmenplan (2001 – 2005) Vorlage 13/4686; Drucksachen 13/6689/6765	HuFA – federführend – 73. Sitzung, 25. Januar 2001 Kenntnisnahme und Aussprache AWiV 41. Sitzung, 30. Januar 2001 Kenntnisnahme und Aussprache
2.	Vereinbarung zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und den kommunalen Spitzenverbänden zur Einrichtung einer Finanzausgleichskommission Vorlage 13/4850	Keine Beratung im Fachausschuss wegen Ablauf der Wahlperiode.
3.	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ hier: Zweite Anmeldung des Landes Rheinland-Pfalz zum 29. Rahmenplan (2001 – 2004) Vorlagen 13/4855/4883, 14/54/72; Drucksache 13/6968	HuFA – federführend – 74. Sitzung, 10. Mai 2001 Kenntnisnahme und Aussprache ALW 2. Sitzung, 11. September 2001 Kenntnisnahme und Aussprache HuFA 3. Sitzung, 13. September 2001 Kenntnisnahme und Aussprache
4.	Gemeinschaftsaufgabe „Aus- und Neubau von Hochschulen einschließlich der Hochschulkliniken“ nach Artikel 91 a GG; vorgelegt nach § 10 Abs. 4 LHO hier: Anmeldungen des Landes Rheinland-Pfalz zum 31. Rahmenplan für den Hochschulbau (2002 – 2005) Vorlage 14/101; Drucksachen 14/99/264	HuFA – federführend – 3. Sitzung, 13. September 2001 Kenntnisnahme AWWFK 2. Sitzung, 30. August 2001 Kenntnisnahme
5.	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ nach Artikel 91 a GG hier: Anmeldung des Landes Rheinland-Pfalz zum 31. Rahmenplan (2002 – 2006) Vorlage 14/534; Drucksachen 14/477/525	HuFA – federführend – 6. Sitzung, 6. Dezember 2001 Kenntnisnahme AWiV 6. Sitzung, 6. Dezember 2001 Kenntnisnahme und Aussprache

lfd. Nr.	Betreff	Ausschuss
6.	Vereinbarung zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und der Région Alsace zur Reaktivierung des Eisenbahn-Personenverkehrs auf der Strecke Wörth – Lauterbourg Vorlage 14/786; Drucksache 14/1024	AWiV 10. Sitzung, 18. April 2002 Kenntnisnahme und Aussprache
7.	Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie Vorlage 14/1077; Drucksache 14/1198	AUF – federführend – 9. Sitzung, 18. Juni 2002 Kenntnisnahme und Aussprache ALW 10. Sitzung, 11. Juni 2002 Kenntnisnahme AWiV 12. Sitzung, 13. Juni 2002 Kenntnisnahme und Aussprache
8.	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ nach Artikel 91 a GG; vorgelegt nach § 10 Abs. 4 LHO hier: Endgültige Anmeldung des Landes Rheinland-Pfalz zum 30. Rahmenplan (2002 – 2005) Vorlage 14/1234; Drucksachen 14/1212/1383	HuFA – federführend – 15. Sitzung, 3. Juli 2002 Kenntnisnahme und Aussprache ALW 11. Sitzung, 3. September 2002 Kenntnisnahme
9.	Gemeinschaftsaufgabe „Aus- und Neubau von Hochschulen einschließlich der Hochschulkliniken“ nach Artikel 91 a GG; vorgelegt nach § 10 Abs. 4 LHO hier: Anmeldungen des Landes Rheinland-Pfalz zum 32. Rahmenplan für den Hochschulbau (2003 – 2006) Vorlagen 14/1294/1411; Drucksachen 14/1271/1391	HuFA – federführend – 16. Sitzung, 5. September 2002 Kenntnisnahme AWWFK 11. Sitzung, 5. September 2002 Kenntnisnahme
10.	Zustimmung des Landtags zu der Einverständniserklärung des Landes Rheinland-Pfalz zu dem Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Slowakischen Republik über die gegenseitige Anerkennung der Gleichwertigkeit von Bildungsnachweisen im Hochschulbereich Vorlage 14/1724; Drucksachen 14/1440/1601	Plenum 31. Sitzung, 25. September 2002 Ausschussüberweisung ohne Aussprache AWWFK 12. Sitzung, 8. November 2002 Aussprache, Zustimmung empfohlen Plenum 37. Sitzung, 6. Dezember 2002 Beschlussfassung (Zustimmung)

lfd. Nr.	Betreff	Ausschuss
11.	Zustimmung des Landtags zu der Einverständniserklärung des Landes Rheinland-Pfalz zu dem Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Ungarn über die Anerkennung von Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich Drucksachen 14/1442/1602	Plenum 31. Sitzung, 25. September 2002 Ausschussüberweisung ohne Aussprache AWWFK 12. Sitzung, 8. November 2002 Aussprache, Zustimmung empfohlen Plenum 37. Sitzung, 6. Dezember 2002 Beschlussfassung (Zustimmung)
12.	Zustimmung des Landtags zu der Einverständniserklärung des Landes Rheinland-Pfalz zu dem Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Lettland über die gegenseitige akademische Anerkennung von Studienzeiten und Abschlüssen im Hochschulbereich Drucksachen 14/1679/1874	Plenum 39. Sitzung, 16. Januar 2003 Ausschussüberweisung ohne Aussprache AWWFK 14. Sitzung, 6. Februar 2003 Zustimmung empfohlen Plenum 41. Sitzung, 20. Februar 2003 Beschlussfassung (Zustimmung)
13.	Zustimmung des Landtags zu der Einverständniserklärung des Landes Rheinland-Pfalz zu dem Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Österreich über Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich Drucksachen 14/1739/1875	Plenum 39. Sitzung, 16. Januar 2003 Ausschussüberweisung ohne Aussprache AWWFK 14. Sitzung, 6. Februar 2003 Zustimmung empfohlen Plenum 41. Sitzung, 20. Februar 2003 Beschlussfassung (Zustimmung)
14.	Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts Vorlage 14/1747; Drucksache 14/1876	SozialA 16. Sitzung, 6. Februar 2003 Kenntnisnahme und Aussprache
15.	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ nach Artikel 91 a GG; vorgelegt nach § 10 Abs. 4 LHO hier: Anmeldungen des Landes Rheinland-Pfalz zum 32. Rahmenplan (2003 – 2007) Vorlage 14/1693; Drucksachen 14/1652/1879	HuFA – federführend – 20. Sitzung, 28. Januar 2003 Kenntnisnahme und Aussprache AWiV 16. Sitzung, 6. Februar 2003 Kenntnisnahme
16.	Absprache über die Durchführung des Abkommens vom 3. Februar 1977 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen Vorlage 14/1950; Drucksache 14/2010	EuropaA 15. Sitzung, 13. März 2003 Kenntnisnahme und Aussprache

lfd. Nr.	Betreff	Ausschuss
17.	Gemeinschaftsaufgabe „Aus- und Neubau von Hochschulen einschließlich der Hochschulkliniken“ nach Artikel 91 a GG; vorgelegt nach § 10 Abs. 4 LHO hier: Anmeldungen des Landes Rheinland-Pfalz zum 33. Rahmenplan für den Hochschulbau (2004 – 2007) Vorlage 14/2122; Drucksachen 14/2113/2220	HuFA – federführend – 29. Sitzung, 15. Mai 2003 Kenntnisnahme AWWFK 16. Sitzung, 23. Mai 2003 Kenntnisnahme und Aussprache
18.	Vereinbarung zwischen der Académie de Nancy-Metz und dem Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend Rheinland-Pfalz: Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Kindergärten und écoles maternelles Vorlage 14/2070; Drucksache 14/2222	EuropaA 16. Sitzung, 27. Mai 2003 Kenntnisnahme und Aussprache
19.	Gemeinsame Erklärung über die nachbarschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Land Rheinland-Pfalz, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens Vorlage 14/2295	EuropaA 18. Sitzung, 4. September 2003 Aussprache, Erledigung
20.	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ nach Artikel 91 a GG; vorgelegt nach § 10 Abs. 4 LHO hier: Endgültige Anmeldung des Landes Rheinland-Pfalz zum 31. Rahmenplan (2003 – 2006) Vorlagen 14/2488/2515/2575; Drucksachen 14/2396/2502	HuFA 32. Sitzung, 16. September 2003 Kenntnisnahme ALW 19. Sitzung, 18. September 2003 Kenntnisnahme
21.	Zustimmung des Landtags zu der Einverständniserklärung des Landes Rheinland-Pfalz zu dem Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Änderung des Abkommens über die gegenseitige Anerkennung von Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich sowie zu dem zweiten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Änderung des Abkommens vom 20. Juni 1994 über die gegenseitige Anerkennung von Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich Drucksachen 14/2590/2901	Plenum 61. Sitzung, 11. Dezember 2003 Ausschussüberweisung ohne Aussprache AWWFK 22. Sitzung, 6. Februar 2004 Zustimmung empfohlen Plenum 66. Sitzung, 11. Februar 2004 Beschlussfassung (Zustimmung)
22.	Bund-Länder-Vereinbarung zur Änderung der Vereinbarung zur Förderung der Weiterentwicklung von Hochschule und Wissenschaft sowie zur Realisierung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre (HWP) Vorlage 14/2795; Drucksache 14/2907	AWWFK 22. Sitzung, 6. Februar 2004 Kenntnisnahme
23.	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ nach Artikel 91 a GG; vorgelegt nach § 10 Abs. 4 LHO hier: Anmeldung des Landes Rheinland-Pfalz zum 33. Rahmenplan (2004 – 2008) Vorlagen 14/3170/3260/3388; Drucksachen 14/3053/3124	HuFA – federführend – 41. Sitzung, 4. Mai 2004 Kenntnisnahme AWiV 27. Sitzung, 6. Mai 2004 Kenntnisnahme und Aussprache

lfd. Nr.	Betreff	Ausschuss
24.	Gemeinschaftsaufgabe „Aus- und Neubau von Hochschulen einschließlich der Hochschulkliniken“ nach Artikel 91 a GG; vorgelegt nach § 10 Abs. 4 LHO hier: Anmeldungen des Landes Rheinland-Pfalz zum 34. Rahmenplan für den Hochschulbau (2005 – 2008) Vorlagen 14/3187/3261; Drucksachen 14/3069/3135	HuFA – federführend – 41. Sitzung, 4. Mai 2004 Kenntnisnahme und Aussprache AWWFK 25. Sitzung, 13. Mai 2004 Kenntnisnahme und Aussprache
25.	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ nach Artikel 91 a GG; vorgelegt nach § 10 Abs. 4 LHO hier: Endgültige Anmeldung des Landes Rheinland-Pfalz zum 32. Rahmenplan (2004 – 2007) Vorlagen 14/3362/3408; Drucksachen 14/3208/3247	HuFA – federführend – 42. Sitzung, 24. Juni 2004 Kenntnisnahme und Aussprache ALW 26. Sitzung, 15. Juni 2004

5. Angelegenheiten der Europäischen Union

lfd. Nr.	Betreff	Ausschuss
1.	Ergebnisse der 36. Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 13. und 14. Dezember 2000 in Brüssel Vorlage 13/4714	EuropaA 32. Sitzung, 25. Januar 2001 Aussprache
2.	Ergebnisse der 27. Europaministerkonferenz am 15. Februar 2001 in Berlin Vorlage 13/4842	Keine Beratung im Fachausschuss wegen Ablauf der Wahlperiode.
3.	Ergebnisse der 37. Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 14. und 15. Februar 2001 in Brüssel Vorlage 13/4861	Keine Beratung im Fachausschuss wegen Ablauf der Wahlperiode.
4.	Ergebnisse der 38. Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 4. und 5. April 2001 in Brüssel Vorlage 13/4881	Keine Beratung im Fachausschuss wegen Ablauf der Wahlperiode.
5.	Ergebnisse der 39. Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 13. und 14. Juni 2001 in Brüssel Vorlage 14/105	EuropaA 3. Sitzung, 25. September 2001 Aussprache
6.	Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes in Rheinland-Pfalz nach der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) im Zeitraum 2000 – 2006; Entwicklungsplan der „Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum“ (ZIL) zur Verbesserung der Agrarstrukturen, zur Förderung einer umweltfreundlichen Landwirtschaft und zur Entwicklung des ländlichen Raumes in Rheinland-Pfalz gemäß Artikel 41 der EAGFL-Verordnung; Lagebericht des Landes Rheinland-Pfalz für das Jahr 2000 Vorlage 14/122; Drucksache 14/329	EuropaA – federführend – 2. Sitzung, 4. September 2001 Kenntnisnahme und Aussprache ALW 2. Sitzung, 11. September 2001 Kenntnisnahme und Aussprache AUF 2. Sitzung, 27. September 2001 Kenntnisnahme
7.	Ergebnisse der 29. Europaministerkonferenz am 30./31. August 2001 in Wilhelmshaven Vorlage 14/245	Keine Beratung im Fachausschuss

lfd. Nr.	Betreff	Ausschuss
8.	Ergebnisse der 30. Europaministerkonferenz am 10./11. Oktober 2001 in Goslar Vorlage 14/363	EuropaA 5. Sitzung, 11. Dezember 2001 Kenntnisnahme und Aussprache
9.	Ergebnisse der 41. Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 14. und 15. November 2001 in Brüssel Vorlage 14/627	EuropaA 6. Sitzung, 17. Januar 2002 Kenntnisnahme und Aussprache
10.	Ergebnisse der 41. Plenartagung (Konstituierende Sitzung der dritten Mandatsperiode) des Ausschusses der Regionen am 6. Februar 2002 in Brüssel Vorlage 14/859	Keine Beratung im Fachausschuss
11.	Ergebnisse der 31. Europaministerkonferenz am 28. Februar 2002 in Berlin Vorlage 14/984	Keine Beratung im Fachausschuss
12.	Ergebnisse der 43. Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 13. und 14. März 2002 in Brüssel Vorlage 14/986	Keine Beratung im Fachausschuss
13.	Sondertreffen der Europaministerkonferenz am 20. April 2002 in Berlin Vorlage 14/1034	EuropaA 9. Sitzung, 30. April 2002 10. Sitzung, 13. Juni 2002 Kenntnisnahme und Aussprache
14.	Änderung des Entwicklungsplans der Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum (ZIL) Vorlage 14/1035; Drucksache 14/1392	EuropaA – federführend – 10. Sitzung, 13. Juni 2002 Kenntnisnahme und Aussprache AUF 9. Sitzung, 18. Juni 2002 Kenntnisnahme und Aussprache ALW 10. Sitzung, 11. Juni 2002 11. Sitzung, 3. September 2002 Kenntnisnahme
15.	Ergebnisse der 32. Europaministerkonferenz am 5./6. Juni 2002 in Hann. Münden Vorlage 14/1228	EuropaA 11. Sitzung, 10. September 2002 Kenntnisnahme und Aussprache
16.	Ergebnisse der 44. Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 15. und 16. Mai 2002 in Brüssel Vorlage 14/1241	EuropaA 11. Sitzung, 10. September 2002 Kenntnisnahme und Aussprache

lfd. Nr.	Betreff	Ausschuss
17.	Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes in Rheinland-Pfalz nach der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) im Zeitraum 2000 – 2006; Entwicklungsplan der „Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum“ (ZIL) zur Verbesserung der Agrarstrukturen, zur Förderung einer umweltfreundlichen Landwirtschaft und zur Entwicklung des ländlichen Raumes in Rheinland-Pfalz gemäß Artikel 41 der EAGFL-Verordnung; Lagebericht des Landes Rheinland-Pfalz für das Jahr 2001 Vorlage 14/1305; Drucksache 14/1534	EuropaA – federführend – 11. Sitzung, 10. September 2002 Kenntnisnahme und Aussprache ALW 11. Sitzung, 3. September 2002 Kenntnisnahme AUF 11. Sitzung, 15. Oktober 2002 Kenntnisnahme
18.	Ergebnisse der 45. Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 3. und 4. Juli 2002 in Brüssel Vorlage 14/1333	EuropaA 11. Sitzung, 10. September 2002 Kenntnisnahme und Aussprache
19.	Ergebnisse der 33. Europaministerkonferenz am 25./26. September 2002 in Essen Vorlage 14/1570	EuropaA 13. Sitzung, 14. November 2002 Kenntnisnahme und Aussprache
20.	Ergebnisse der 46. Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 10. Oktober 2002 in Brüssel Vorlage 14/1615	Keine Beratung im Fachausschuss
21.	Ergebnisse der 34. Europaministerkonferenz am 5. Dezember 2002 in Berlin Vorlage 14/1770	EuropaA 14. Sitzung, 30. Januar 2003 Kenntnisnahme und Aussprache
22.	Ergebnisse der 47. Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 21. November 2002 in Brüssel Vorlage 14/1771	EuropaA 14. Sitzung, 30. Januar 2003 Kenntnisnahme und Aussprache
23.	Ergebnisse der 48. Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 12. und 13. Februar 2003 in Brüssel Vorlage 14/2038	EuropaA 16. Sitzung, 27. Mai 2003 Kenntnisnahme und Aussprache
24.	Ergebnisse der 35. Europaministerkonferenz am 13. März 2003 in Berlin Vorlage 14/2135	EuropaA 16. Sitzung, 27. Mai 2003 Kenntnisnahme und Aussprache
25.	Ergebnisse der 49. Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 9. und 10. April 2003 in Brüssel Vorlage 14/2230	Keine Beratung im Fachausschuss
26.	Ergebnisse der 36. Europaministerkonferenz am 18. Juni 2003 in Berlin Vorlage 14/2381	EuropaA 17. Sitzung, 26. Juni 2003 Kenntnisnahme und Aussprache
27.	Ergebnisse der 50. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) am 2. und 3. Juli 2003 in Brüssel Vorlage 14/2517	Keine Beratung im Fachausschuss

lfd. Nr.	Betreff	Ausschuss
28.	Bericht des Ministeriums für Umwelt und Forsten „Vorschlag für die Nachmeldung von FFH-Gebieten“ Vorlagen 14/2467/2577; Drucksache 14/2585	AUF – federführend – 19. Sitzung, 16. September 2003 Kenntnisnahme und Aussprache ALW 20. Sitzung, 16. Oktober 2003 Kenntnisnahme und Aussprache
29.	Lagebericht des Landes Rheinland-Pfalz zur „Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum (ZIL)“ für das Jahr 2002 Vorlage 14/2557; Drucksache 14/2881	EuropaA – federführend – 19. Sitzung, 27. November 2003 Kenntnisnahme ALW 19. Sitzung, 18. September 2003 Kenntnisnahme AUF 23. Sitzung, 3. Februar 2004 Kenntnisnahme 24. Sitzung, 4. März 2004 Aussprache
30.	Ergebnisse der 37. Europaministerkonferenz am 2. Oktober 2003 in Berlin Vorlage 14/2697	EuropaA 19. Sitzung, 27. November 2003 Kenntnisnahme und Aussprache
31.	Ergebnisse der 51. und 52. Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 20. Oktober und am 19. und 20. November 2003 Vorlage 14/2880	Keine Beratung im Fachausschuss
32.	Ergebnisse der 39. Europaministerkonferenz am 28./29. April 2004 in Trier Vorlage 14/3356	EuropaA 24. Sitzung, 17. Juni 2004 Kenntnisnahme und Aussprache
33.	Ergebnisse der 54. Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 21. und 22. April 2004 Vorlage 14/3401	EuropaA (Derzeit noch keine Beratung im Fachausschuss erfolgt.)
34.	Lagebericht des Landes Rheinland-Pfalz zur „Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum (ZIL)“ für das Jahr 2003 Vorlage 14/3462	EuropaA – federführend – ALW AUF (Derzeit noch keine Beratung in den Fachausschüssen erfolgt.)
35.	Ergebnisse der 55. Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 16. und 17. Juni 2004 Vorlage 14/3516	EuropaA (Derzeit noch keine Beratung im Fachausschuss erfolgt.)

IV. Unterrichtung über Entwürfe von Rechtsverordnungen der Landesregierung

lfd. Nr.	Betreff	Ausschuss
1.	Entwurf der Euro-Anpassungsverordnung Rheinland-Pfalz	Keine Beratung im Fachausschuss; die Vorsitzenden der Fraktionen wurden über den Sachverhalt informiert.
2.	Entwurf einer Landesverordnung zur Verhütung übertragbarer Krankheiten durch selbst hergestellte Arzneimittel im Rahmen der Ausübung der Heilkunde Vorlage 14/292	SozialA 3. Sitzung, 25. Oktober 2001 Kenntnisnahme und Aussprache
3.	Entwurf einer Landesverordnung über die Anerkennung von niedrigschwelligen Betreuungsangeboten nach § 45 b des Elften Buches Sozialgesetzbuch Vorlage 14/1226; Drucksache 14/1434	SozialA 10. Sitzung, 12. September 2002 Kenntnisnahme und Aussprache
4.	Entwurf einer Landesverordnung über die Förderung von niedrigschwelligen Betreuungsangeboten und von Modellvorhaben nach § 45 c des Elften Buches Sozialgesetzbuch Vorlage 14/2642; Drucksache 14/2686	SozialA 21. Sitzung, 14. November 2003 Kenntnisnahme